

DIE «BEWEGUNG 20. FEBRUAR»

WELCHE LEHREN SIND FÜR DIE MAROKKANISCHE LINKE ZU ZIEHEN?

Die «Bewegung 20. Februar» ist die Protestbewegung, die unmittelbar nach dem sogenannten «Arabischen Frühling» in Marokko aufgetreten ist.

Dieser bescheidene Beitrag spiegelt ausschließlich meine Sichtweise wider. Er ist weder erschöpfend noch wissenschaftlich. Er beruht größtenteils auf meiner Erfahrung als junger Aktivist der «Bewegung 20. Februar» in Casablanca, wo ich von Mitte Februar bis Ende Juli aktiv war und deren Entwicklung ich seitdem verfolgt habe. Er basiert außerdem auf meinen eigenen Beobachtungen, Diskussionen mit anderen AktivistInnen und meinen Schlussfolgerungen als linker Bürger, der sich für die politische und soziale Sache Marokkos interessiert.

Die Fakten, Analysen und Meinungen zu politischen Parteien und Bewegungen der Linken stützen sich auf meine Erfahrung und meine eigenen Schlussfolgerungen. Sie beziehen sich auch auf meine Erlebnisse beim vergangenen Parteitag der Vereinigten Sozialistischen Partei und auf die Gespräche, die ich mit mehreren jungen AktivistInnen des linken Spektrums in Marokko geführt habe.

Ghassan Waïl El Karmouni

Seit mehr als einem Jahr ist der soziale und politische Protest in Marokko in vollem Gange. Im Zuge des Frühlings der Völker Nordafrikas folgten hunderttausende MarokkanerInnen dem Aufruf der „lokalen Koordinationsgremien“ der „Bewegung 20. Februar“. Diese Bewegung entstand in Folge des Sturzes der Präsidenten Ben Ali in Tunesien und Mubarak in Ägypten. Die regionale Dynamik erfasste schließlich auch Marokko, obgleich die Vorbereitungen und die Diskussionen in Verbindung mit dieser Bewegung diesen bedeutenden Ereignissen vorausgingen. Und das Datum der ersten Demonstration gab der Bewegung ihren Namen.

Die Entstehung

Die Idee der „Bewegung 20. Februar“ entstand in Folge der Repression der ersten Sit-ins zur Solidarität mit dem sich im Kampf für die Demokratie befindenden ägyptischen Volk. Zahlreiche junge Leute und Aktivisten versammelten sich daraufhin und beschlossen, einen ersten Aufruf zur Demonstration für mehr Demokratie und Gleichheit in Marokko zu unterbreiten. Anschließend entstanden verschiedene Diskussionsdynamiken, vor allem im Internet, aber auch in den Räumlichkeiten der Menschenrechtsorganisationen¹ und der Parteien der Linken², mit dem Ziel, sich auf die Forderungen und die Organisationsformen zu einigen.

Eine Internet-Plattform mit Forderungen wurde schließlich über die sozialen Netzwerke verbreitet, gefolgt von einem kürzeren und weniger expliziten Aufruf zu Demonstrationen und einem Videoclip zur Mobilisierung, das auf Youtube angesehen und über Facebook verteilt wurde. Verschiedene lokale Koordinationsgremien wurden in mehreren Städten ins Leben gerufen und als Termin für die Demonstration wurde der 20. Februar vereinbart. An diesem Tag erlebten 53 Städte und Dörfer Demonstrationen. Zur allgemeinen Überraschung war der Aufruf über die sozialen Netzwerke glaubhaft und wurde gehört. Die Menschen antworteten darauf, indem sie auf die Straße gingen. Die

¹ Vor allem der Marokkanischen Vereinigung für Menschenrechte (AMDH).

² Die Partei der Demokratischen und Sozialistischen Avantgarde (PADS) und die Vereinigte Sozialistische Partei (PSU).

Demonstrationen haben sich teilweise zu Unruhen entwickeln, vor allem in Sefrou³, Al Hoceima⁴, Marrakesch⁵ und anderen.

Seitdem haben die zum Großteil friedlichen Demonstrationen nicht aufgehört und jede Woche können zahlreiche Sit-ins und Demonstrationen in mehreren Regionen Marokkos beobachtet werden. Für viele Beobachter sind sie aufgrund ihrer Häufigkeit und ihrer geographischen Reichweite die weitesten und am besten organisierten Sit-ins und Demonstrationen des sogenannten „Arabischen Frühlings“⁶.

Im Laufe dieses Jahres gingen also mehrere hunderttausend Menschen in mehr als 140 Städten und Dörfern auf die Straße, um ihre Empörung unter dem Banner der „Bewegung 20. Februar“ zum Ausdruck zu bringen. Seit dem Beginn der Bewegung haben manche Städte und Dörfer die Tradition weitergeführt, wöchentlich oder monatlich zu demonstrieren.

Die Forderungen

Die Bewegung ist aber keine eigenständige Organisation, sie ist ein Label. Sie ist die Gesamtheit aller lokaler Gruppen, die sich um einen Namen vereinen: die „Bewegung 20. Februar“ und ihre Forderungen, von denen im Folgenden die Wichtigsten zusammengefasst werden:

- Die Auflösung des Parlaments, die Absetzung der Regierung und das Einsetzen einer Übergangsregierung, die die Umsetzung der Forderungen der „Bewegung 20. Februar“ initiieren soll;
- Die Einführung einer demokratischen Verfassung, die eine parlamentarische Monarchie garantiert, in der der König nicht mehr regiert;
- Eine unabhängige Judikative und allgemeiner die Gewaltenteilung
- Die Verurteilung aller, die in die Plünderung, Misswirtschaft und Vergeudung der Vermögen des Landes verwickelt sind;
- Die Anerkennung der berberischen Sprache als Amtssprache nach dem Vorbild des Arabischen und die Anerkennung der Besonderheiten der marokkanischen Identität hinsichtlich ihrer wichtigsten sprachlichen, kulturellen und historischen Merkmale;
- Die Befreiung aller politischer Gefangenen und die strafrechtliche Verfolgung aller für willkürliche Verhaftungen, „Verschwinden“, für Folter und unkontrollierte Repression Verantwortlichen

Den Dokumenten der Bewegung zufolge handelt es sich hierbei um die für den Zugang des marokkanischen Volkes zu einer wahren Demokratie und Bürgerschaft notwendigen Bedingungen, damit es der alleinige Herr seines Schicksals wird und in der Lage ist:

- ein würdiges Leben für alle zu gewährleisten- durch den Kampf gegen hohe Lebenshaltungskosten, durch die Erhöhung der Gehälter und durch den Mindestlohn;
- den Zugang der Ärmsten zu würdigen öffentlichen Dienstleistungen sicherzustellen und letztere mit Mitteln auszustatten, die es ihnen erlauben, ihren Auftrag zu erfüllen;

³ Kleine marginalisierte Stadt bei Fès, in der der junge Karim Chaïb, ein 19-jähriger Bauarbeiter, unter den Schlagstöcken der Polizei auf offener Straße starb.

⁴ Küstenstadt im Norden Marokkos und ehemalige Hochburg des Widerstands gegen die spanische Besatzung. Die verkohlten Körper fünf junger Männer wurden hier in einer Bank gefunden, die während eines Aufstandes in Brand gesteckt wurde. Die Behörden weigerten sich, eine unabhängige Untersuchung durchzuführen. Die Polizei vertrat die Ansicht, dass es sich um gewalttätige Demonstranten handelte, die die Bank ausrauben wollten, obwohl mehrere Augenzeugen das Gegenteil behaupteten.

⁵ Touristische Hochburg Marokkos, wo die Demonstranten auf ihrem Marsch auf Fußballfans trafen. Marrakesch ist auch eine sehr dynamische Studentenstadt, die für einen besonders radikalen studentischen Aktivismus berühmt ist. Zahlreiche Verhaftungen werden hier verzeichnet, auf welche Schnellverfahren mit Verurteilungen zu mehreren Jahren Haft folgen.

⁶ Aufgrund der Vielfalt der unter dem Begriff „Arabischer Frühling“ zusammengefassten Phänomene, wird dieser zunehmend durch die Bezeichnungen „Demokratischer Frühling“ oder „Frühling der Völker“ ersetzt. Denn dieser einschränkende Begriff neigt dazu, alle Völker der Region unter dem Dach einer Sprache zu vereinheitlichen, die letztendlich nur von den offiziellen Medien und bestimmten Behörden verwendet wird, wohingegen die Mehrheit der Bevölkerung die lokalen Dialekte oder die Berbersprache spricht, die sehr verbreitet in Marokko und Algerien und zu einem geringeren Grad auch in Tunesien und Libyen ist.

- die Anstellung aller ausgebildeten Arbeitslosen zu gewährleisten.

Diese Forderungen sind letztlich die konzentrierte Form aller Forderungen, die seit der nationalen Befreiungsbewegung (hauptsächlich die Bewegungen und Organisationen der Linken) und seit der Unabhängigkeit (Demokratie, Gewaltenteilung) gestellt wurden. Neben den in den 80er Jahren mit den Strukturanpassungsplänen und den Menschenrechtsorganisationen aufgetretenen Forderungen findet man auch Forderungen, die ab den 90er Jahren von neuen sozialen Bewegungen ausgingen (z.B. das Recht auf Arbeit) und solche, die ab 2005 mit den Koordinationsgremien des Kampfs gegen hohe Lebenshaltungskosten und gegen die Verschlechterung der grundlegenden sozialen Dienste aufgetreten sind. Dennoch lesen sich die wichtigsten Parolen wie die Schlagworte des Frühlings der Völker: Freiheit, Würde und soziale Gerechtigkeit.

Die Organisation

Die Einstimmigkeit aller, die an der Bewegung teilnehmen, bei diesen Forderungen räumte zumindest nach außen hin⁷ die politischen, ideologischen, sozialen, ethnischen und kulturellen Diskrepanzen aus. Die Bewegung erlaubte auch eine atypische Organisation ohne jegliche zentrale Koordination oder Führung. Das Fehlen einer Führung und nationalen Koordination wird durch Aktionen vor Ort und durch eine sehr starke lokale Organisation der verschiedenen vom Regime an den Rand gedrängten sozialen und politischen Gruppen mit einem mehr oder weniger politischen Bewusstsein und einem Interesse an einer Veränderung kompensiert.

Seien es die Bewegungen und Parteien der Linken, der Linksextremen, die verbotenen islamistischen Gruppen, die sozialen Bewegungen und Protestbewegungen vor der „Bewegung 20. Februar“, lokale Vereine, Bürger... alle versammeln sich, entscheiden über ihre gemeinsamen Aktionen und rufen ihre Mitbürger dazu auf, es ihnen gleichzutun.

So haben die AktivistInnen jeder Stadt und jedes Dorfes, die sich an den Demonstrationen beteiligen, die sogenannten „lokalen Koordinationsgremien“ eingeführt. Diese Koordinationsgremien sind flexible und horizontale Organisationen. Sie kommen in Form von monatlichen oder wöchentlichen Vollversammlungen zusammen, um vorangegangene Aktionen zu bewerten und über zukünftige Aktionen zu entscheiden.

Der Zugang und die Beteiligung an der Vollversammlung ist frei und jeder hat theoretisch Rede- und Entscheidungsrecht.⁸ Die Entscheidungen werden oft einstimmig gefällt mithilfe der Methode der „allgemeinen Tendenz“, wobei die Idee, der alle am meisten zustimmen, angenommen wird. Manchmal werden Entscheidungen auch mithilfe von Abstimmungen gefällt.⁹ Die Vollversammlungen werden, je nach Region, in den Räumlichkeiten der AMDH, der PSU, der PADS oder des Gewerkschaftszentrums Demokratische Konföderation der Arbeit, CDT, organisiert.

Obwohl die Mitgliedschaft bei der „Bewegung 20. Februar“ eigentlich individuell, unabhängig von der Zugehörigkeit zu einer bestimmten politischen Richtung erfolgt, sind in Wirklichkeit viele politische Strömungen innerhalb der Koordinationsgremien vertreten, insbesondere Vertreter der Linken und der Islamisten.¹⁰ Vertreter der kulturellen Bewegung Amazigh¹¹, der Bewegungen für wirtschaftliche und

⁷ Ideologische und politische Auseinandersetzungen bestanden sehr wohl innerhalb der Vollversammlungen und haben zu Beginn der Bewegung in manchen Städten sogar zu getrennten Demonstrationen von Linken und Islamisten geführt. Aber in der Regel fanden die Auseinandersetzungen innerhalb der Bewegung statt und die Wahrnehmung der Bewegung von außen ließ Einheit in Bezug auf die Forderungen erscheinen. Dieser Zustand hatte Bestand bis die islamistische Bewegung Adl Wal Ihssan entschied, am 18. Dezember 2011 ihren Rückzug von der „Bewegung 20. Februar“ anzukündigen. Damit blieben in der Bewegung in den meisten Koordinationsgremien nur die Linken und die „Unabhängigen“ zurück.

⁸ Bestimmte Koordinationsgremien haben beschlossen, nur den Aktivisten, die sich an den Mobilisierungsaktionen vor Ort (Verteilung der Flugblätter, Aufrufe zu den Demonstrationen...) beteiligen, Entscheidungsrecht zu erteilen.

⁹ Eine Wahl erfolgt wenn in einer Frage keine Einstimmigkeit oder die Positionen zu weit auseinandergehen, um eine einvernehmliche Entscheidung zu treffen.

¹⁰ Da die Zugehörigkeit zur „Bewegung 20. Februar“ individuell erfolgt, entstand in der Hauptstadt Rabat ein Nationalrat zur Unterstützung der „Bewegung 20. Februar“, wo die verschiedenen politischen, Gewerkschafts-, und zivilgesellschaftliche Organisationen, die die „Bewegung 20. Februar“ unterstützen wollen, vertreten sind. Zu Beginn seiner Gründung setzte er sich aus über hundert Organisationen zusammen, wurde aber in Wirklichkeit von Mitgliedern der Voie Démocratique und der Vereinigten Sozialistischen Partei dominiert. Jedoch ist dieser Rat derart weit weg vom Ort des Geschehens (er charakterisiert sich durch einen

soziale Rechte (Recht auf Arbeit, auf Wohnung, Kampf gegen die hohen Preise, vor allem von Wasser und Strom...) und Gewerkschaften (Marokkanische Arbeiterunion UMT, CDT und die Demokratische Organisation der Arbeit ODT) beteiligen sich ebenfalls an den Vollversammlungen und/oder an den Demonstrationen der „Bewegung 20. Februar“. Die verbotene, aber tolerierte islamistische Bewegung Adl Wal Ihssan und auch die Organisationen, die die des Terrorismus angeklagten salafistischen islamistischen Gefangenen verteidigen, gehören zu den lokalen Koordinationsgremien.¹²

Die Linke ist sehr engagiert...

Die linken Tendenzen sind in der „Bewegung 20. Februar“ durch die PSU (sozialistisch/sozialdemokratisch)¹³, die Partei Demokratischer Weg¹⁴ (marxistisch-leninistisch), die PADS¹⁵ (sozialistisch mit einer stark ausgeprägten panarabischen Orientierung), aber auch durch die Nationale Kongresspartei¹⁶ (sozialdemokratisch, dominiert von den Gewerkschaftlern der CDT), ATTAC/CADTM Marokko (größtenteils trotzkistische Organisation, die in Marokko rechtlich nicht anerkannt, aber toleriert wird) und linke maoistische, anarchistische und globalisierungskritische Splittergruppen vertreten... Vertreter der Jugend der Sozialistischen Union der Volkskräfte USFP¹⁷ (sozialdemokratisch/sozialliberal/nationalistisch) nehmen unter der Bezeichnung „USFPisten des 20. Februars“ manchmal an den Vollversammlungen und an den Demonstrationen teil, obwohl die Partei selbst keine Unterstützung angekündigt hat. Dagegen lässt sich eine schwache Beteiligung der Gewerkschaften (der Arbeiter und der Studenten) als Strukturen feststellen.¹⁸

Neben den jungen Parteimitgliedern, ist die bedeutende Rolle der jungen Leute aus dem Kreis der zivilgesellschaftlichen Organisationen und der unabhängigen AktivistInnen (oft mit einer Affinität zur Linken) hervorzuheben, die es vermögen, sich durchzusetzen, bestimmte wichtige Entscheidungen, die von den einer politischen Richtung zugehörigen AktivistInnen diktiert wurden, rückgängig zu machen und parallele Debatten zu initiieren. Außerdem sind sie in hohem Maße der direkten und horizontalen Demokratie verbunden- auch wenn dies eine gewisse Trägheit, Inkohärenz und manchmal auch einen gewissen Populismus für den Entscheidungsprozess mit sich bringt. Viele von ihnen haben eine entscheidende Fähigkeiten in der Organisation und der Unterbreitung von Vorschlägen gezeigt, wodurch sie innerhalb der Koordinationsgremien eine besondere Legitimität gewinnen konnten, die eher „technisch“ und weniger politisch ist.

Top-down-Ansatz) und hat sich so sehr in seine internen Konflikte verwickelt (seine Entscheidungsorgane sind quasi blockiert), dass seine Rolle marginal bleibt und er hauptsächlich im Bereich der Kommunikation und der lokalen Koordination Rabats (Finanzierung der Aktivisten und bestimmten Aktionen) tätig ist.

¹¹ Bewegung, die sich aus kulturellen und politischen Organisationen zusammensetzt, die sich für das Recht auf Anerkennung des Berberischen als ethnisches und kulturelles Element des politischen, medialen und kulturellen Lebens Marokkos einsetzen. Diese Komponente ist auch in Algerien (vor allem in der Kabylei), in Libyen und Tunesien, aber auch im Norden von Mali und Niger (in Gestalt der Tuareg) präsent.

¹² Ehe sie sich völlig oder zum Teil nach dem Aufstieg einer islamistisch dominierten Regierung nach der Wahl im November 2011 zurückziehen.

¹³ Die Nachfolgepartei der „Neuen Linken“, der marokkanischen linksradikalen Partei der 60er und 70er Jahre, die aus einem Zusammenschluss fünf linker Parteien (ab 2000) hervorgegangen ist. Sie ist die größte Partei, die innerhalb der „Bewegung 20. Februar“ vertreten ist und unterstützt sie deutlich mit seiner Politik. Sie hat sich entschieden, das Referendum und die Wahlen 2011 zu boykottieren.

¹⁴ Versteht sich als Fortführung der marokkanischen marxistisch-leninistischen Bewegung (MMLM), vor allem deren Unterbewegung Ila Al Amame, eine Untergrundsbewegung der frühen 70er Jahre. Sie boykottiert systematisch alle Wahlen. Sie ist in der UMT, der CDT und der AMDH vertreten ; letzteren dominiert er beinahe völlig nach dem Rückzug der PSU und der PADS beim vergangenen Parteitag.

¹⁵ Versteht sich als radikale Linke ; diese Partei ist aus einer Abspaltung des linken Flügels der USFP im Jahr 1984 entstanden. Bis 2007 hat sie alle Wahlen boykottiert. 2011 hat sie ebenfalls das Referendum und die Wahlen boykottiert.

¹⁶ Partei, die aus einer Abspaltung von der UFSP im Jahr 2001 entstanden ist ; 2011 boykottiert sie das vom König unterbreitete Referendum, nimmt aber an den Parlamentswahlen im November desselben Jahres teil ohne einen einzigen Sitz zu gewinnen.

¹⁷ Entstand 1975 aus einer Abspaltung der Nationalunion der Volkskräfte (UNFP). Sie selbst entstand aus einer Abspaltung der Partei Istiqlal (Unabhängigkeit). Nachdem sie seit ihrer Gründung die wichtigste linke und Oppositionspartei war, führte sie 1998 eine „einvernehmliche“ Übergangsregierung (nach einem Übereinkommen mit König Hassan und der Verfassungsreform von 1997). 13 Jahre lang war sie an den folgenden Regierungen beteiligt. Sie entscheidet, sich an der von den Islamisten geführten Regierung 2011 nicht zu beteiligen.

¹⁸ Schwache Mobilisierung ihrer Basis für die Demonstrationen. Ablehnung eines Binnenmarktes am 1. Mai zusammen mit der „Bewegung 20. Februar“. ... Die Gewerkschaften werden von stark von Gewerkschaftsbürokratien kontrolliert, die nicht immer Parteimitglieder sind. Sie verhandeln ihre Forderungen (Lohnanstieg, Assoziations- und Versammlungsfreiheit...) direkt mit dem Staat und der Arbeitgeberschaft im Rahmen des sozialen Dialogs nach der Regel der repräsentativsten Organisation.

Weiterhin ist die weibliche Beteiligung an den Demonstrationen bemerkenswert, bleibt jedoch schwach, wenn es darum geht, Entscheidungen zu treffen. Dieser Umstand kann damit erklärt werden, dass sich an der „Bewegung 20. Februar“ praktisch keine Frauenorganisationen beteiligen. Seit der Jahrtausendwende haben diese die Strategie verfolgt, sich auf die Arbeit mit den Institutionen im Bereich der Frauenrechte zu konzentrieren (vor allem auf die Integration in das politische Leben) und haben zunehmend das Interesse an einem allgemeinerem Engagement für die Demokratie verloren. Die Bedingungen der Treffen und Vollversammlungen der „Bewegung 20. Februar“ (die manchmal bis spät in die Nacht dauern) hielten ebenfalls viele junge Frauen von der Teilnahme ab.

Die Rolle der Organisationen der Linken ist widersprüchlich. Manche Parteien wie die PSU, die PADS oder die Partei Demokratischer Weg (VD) gewannen dank ihres Engagements für die „Bewegung 20. Februar“-indem sie ihre Räumlichkeiten und einige ihrer Anhänger zur Verfügung stellten- an Sichtbarkeit. Außerdem haben sie die Forderungen der Bewegung in ihre politischen Aktionen und Diskurse integriert. Diese Strategie lässt sie tendenziell zu geringen Kosten eine neue Legitimität gewinnen, ohne dass sie jedoch dafür ein politisches Programm oder politische und soziale Antworten vorschlagen können.

...hat aber geringen Einfluss

Das Scheitern der linken Organisationen beim Führen der Massen und bei der allgemeinen Verbreitung der institutionellen Mechanismen und wirtschaftlichen, politischen und sozialen Elemente, die das Land in die Krise geführt haben, ist besonders offenkundig. Die Organisationen der Linken waren aufgrund ihrer eigenen Schwächen (sowohl ihrer Diskurse als auch ihrer Aktionen) und aufgrund der Struktur der Koordinationsgremien (als Protestbewegung mit einer dezentralen Führung und heterogenen Teilorganisationen) nicht in der Lage, die Entscheidungen der Bewegung direkt zu beeinflussen.¹⁹ Oft charakterisierten sie sich durch unkritische Nachahmung und fungierten mehr als logistische Unterstützung, als dass sie eine initiiierende und aktive Rolle spielten.

Aber ihr größter Misserfolg bleibt die Schwäche ihres Einflusses auf die Anleitung der jungen AktivistInnen der „Bewegung 20. Februar“, denen zum Großteil ein solches Führen fehlt. Aus diesem Grund werden die Proteste von diesen jungen Menschen als „spontan“ ohne vordefinierte klare Ziele und ohne eine klare politische und soziale Vision erlebt. Schlussendlich bestand der wichtigste politische Beitrag der Organisationen der Linken neben ihren Reden und ihrer logistischen Unterstützung im Versuch, den Protest nach ihren eigenen Zielen zu formen²⁰ - ohne jedoch gleichzeitig eine Entwicklung der analytischen und politischen Fähigkeiten der jungen Leute zu erlauben. Schlimmer noch, die Anwendung ihrer Organisationskultur und ihrer Diskurse, die sich in einem Kontext der Vielfalt oft als unzugänglich erwiesen haben, hat einen großen Teil der sogenannten „unabhängigen“²¹ jungen Leuten vertrieben, ohne sie jedoch gleichzeitig massiv in die Organisationen der Linken einzubinden. Das Vorherrschen der „klassischen“ Organisationskultur der Partei führte auch zu einer Schwächung von künstlerischen und kulturellen Aspekten der Bewegung und letztendlich zur Verarmung der Facetten der Protestaktionen.

Ein anderes Schlüsselement ist das relativ geringe Wissen der jungen „Parteimitglieder“ (selbst der Linken), der jungen Organisationsmitglieder und vor allem der jungen „Unabhängigen“ über die Dynamiken der weltweiten Protestbewegungen. Die Diskussionen konzentrieren sich im Allgemeinen auf die als Vorbild betrachteten Aufstände, die in Tunesien oder in Ägypten beobachtet wurden (oft auf Basis der von Aljazeera verbreiteten Vision oder aber auf Basis der persönlichen Verfolgung der Ereignisse über die sozialen Netzwerke). Weiterhin ist festzustellen, dass es vernachlässigt wird, die Rolle der Gewerkschaften und der sozialen Bewegungen vor 2011 (z.B. der Bewegung Kifaya in Ägypten, dem Ereignis des Bergbaureviers de Gafsa in Tunesien 2008...) zu verdeutlichen.

Die Tagesordnung des Regimes prägt den Übergang

Die Antwort des Regimes folgte schnell. Von der räumlichen Reichweite der Bewegung und vom Ausmaß der Reaktion auf den Aufruf zur Demonstration überrascht, zeigte das Regime sofort Zugeständnisse oder erweckte zumindest den Eindruck, Zugeständnisse zu machen. Der Wirtschafts- und Sozialrat wurde

¹⁹ Vor allem angesichts der strukturierten und einheitlichen Positionen der islamistischen Organisationen der Bewegung.

²⁰ Selbst mit den Islamisten, mit denen ein widernatürliches Bündnis (links/islamistisch) eingegangen wird.

²¹ Unabhängige unparteiische Aktivisten und/oder Leute aus den sozialen Bewegungen oder aus der organisierten Zivilgesellschaft.

ernannt, obwohl sich die Einführung der ihm zugrundeliegenden Gesetzgebung seit Monaten hinzog. Der konsultative Rat der Menschenrechte (CCDH) wurde in einen Nationalrat (CNDH) umgewandelt, der in der Theorie über mehr Kompetenzen und größere Eingriffsrechte verfügt.²² Den Gewerkschaften wurde eine allgemeine Erhöhung des Mindestlohns und eine Aufwertung der Renten zugestanden. Einige hundert politische Gefangene wurden begnadigt.

König Mohammed VI. präsentierte gleich am 9. März seine Pläne für eine Verfassungsreform. In seiner Rede erwähnte er mit keiner Silbe die Protestbewegung, obwohl er mit ihr in Wirklichkeit hauptsächlich auf die Forderungen der „Bewegung 20. Februar“ antwortete; Forderungen, die eine Reihe von seit Jahren bestehenden Forderungen der linken Opposition und verschiedenen sozialen Bewegungen zusammenfassten.

Derart machte sich der König die Empfehlungen der Kommission „Gleichheit und Versöhnung“ zu eigen, die seit ihrer Publikation im Jahr 2005 zurückgewiesen worden waren. Er erkannte die kulturelle und sprachliche Pluralität Marokkos an, indem er davon sprach, Berberisch als zweite Amtssprache anzuerkennen, aber auch indem er von der vielfältigen marokkanischen Identität und vom Beitrag der jüdischen, saharaischen, afrikanischen und andalusischen Kultur sprach, anstatt sich nur auf die arabische Kultur zu beziehen. Er versprach, die Kompetenzen des Premierministers und des Parlaments zu erweitern und einen Regierungschef einzusetzen. Er präsentierte seine Absicht, eine regionale Demokratie einzuführen, die sich auf direkt gewählte Parlamente stützt. Er sprach davon, die Judikative in eine unabhängige Gewalt umzuwandeln, wohingegen diese zuvor als eine einfache „Rechtsautorität“ definiert war. Er unterbreitete seine Absicht der Konstitutionalisierung der vollständigen Gleichheit der Rechte zwischen Mann und Frau. Und schließlich sprach er davon, dem Regierungsrat Verfassungsrang einzuräumen, dessen Mandat bislang auf eine simple Administration des Tagesgeschäftes ohne jegliche Entscheidungsbefugnis beschränkt war.

Eine konsultative „technische“ Kommission wurde vom König ernannt, um die Verfassungsreform zu leiten. An die Spitze dieser Kommission wurde ein Verfassungsrechtler gesetzt, ein ehemaliger Professor des Königs. Zahlreiche Persönlichkeiten aus der Universität, Politik und der Zivilgesellschaft Marokkos und Vertreter der Menschenrechte beteiligten sich an dieser Kommission.

Parallel dazu stellte der König seinen politischen Berater an die Spitze einer Kommission der „politischen Koordination“, die sich mit Vertretern der Parteien und der Gewerkschaften traf, um über die Reformvorschläge der „technischen Kommission“ zu diskutieren und sie abzusegnen.

Die Reaktionen der Bewegungen und Organisationen der Linken auf diese Initiativen fielen ziemlich unterschiedlich aus. Die „Bewegung 20. Februar“ boykottierte die konsultative technische Instanz²³, die sie als undemokratisch und nicht repräsentativ betrachtet, deutlich. Die VD lehnte es wie gewöhnlich ab, sich an irgendeiner Initiative des Regimes zu beteiligen. Die PSU, die PADS, der CNI und der CDT reagierten auf die technische Kommission und schlugen Memoranden der Verfassungsreform vor, zogen sich aber auf die Initiative der Kommission der politischen Koordination des Königs hin zurück und kündigten ihren Boykott des Referendums an.

Die UFSB beteiligte sich trotz einer sehr intensiven internen Debatte an allen Kommissionen, unterbreitete seine Vorschläge und warb für ein Ja beim Referendum.

Der letztendlich abgeseignete Verfassungstext²⁴ umfasst nun 180 Artikel (davor waren es 108 Artikel). Er beinhaltet viele rhetorische Wendungen und Grundsatzserklärungen wie zur Gleichheit von Männern und

²² Auf zahlreiche Ereignisse (die Unruhen in Al Hoceima, Sefrou, die Verhaftung des Rappers Mouad Belghouat (alias Ihaqed) oder die Verhaftung des Journalisten Rachid Nini) hat der CNDH nicht reagiert. Nach den Unruhen im Bergbaurevier Khouribga hat der Rat eine Untersuchung versprochen, die allerdings noch nicht veröffentlicht wurde.

²³ Mehrere junge AktivistInnen und einflussreiche Mitglieder wurden persönlich über ihre Handys oder per E-mail kontaktiert, um sie dafür zu gewinnen, an der Verfassungsreform mitzuarbeiten und ihre Standpunkte vor der Kommission zu präsentieren.

²⁴ Nach einer Medienkampagne, wie man sie noch nie gesehen hatte, wobei nicht nur die öffentlichen Mittel und Verwaltungseinrichtungen, sondern auch Moscheen und die Religionsbruderschaften zur Verfügung standen; Bürger wurden für die Verfolgung und die Misshandlung von Anhängern des Boykotts bezahlt.. wo das JA als Zustimmung zum König galt, wurde der Text schließlich am 1. Juli 2011 angenommen. Offiziell wurde der Text mit 98,% bei einer Wahlbeteiligung von 73,4% gewählt. Was jedoch nicht bekannt gegeben wurde, ist dass die Wahlbeteiligung nur 45% aller Marokkaner im Wahlalter einschließt. In Wirklichkeit hat Marokko mehr als 21 Millionen Wahlberechtigte. Nur 13 Millionen haben allerdings sich in die Wahllisten eintragen lassen.

Frauen, zum Vorrang der von Marokko ratifizierten internationalen Abkommen vor nationalem Recht oder die Verurteilung der Folter... Jedoch werden alle Maßnahmen, die wichtige Fortschritte, vor allem hinsichtlich von Rechten und Freiheiten ankündigen, durch die Bezugnahme auf die muslimische Identität, auf die Einhaltung der religiösen Gesetze oder durch bevorstehende verfassungsändernde Gesetze aufgehoben oder relativiert... Die Verwirklichung der Verfassung wird also lange Zeit beanspruchen²⁵ und eine positive und progressive Auslegung benötigen, wenn die darin aufgeführten Rechte Realität werden sollen.

Zudem bleibt der Kern der Verfassung fast unberührt. In Wirklichkeit artikuliert sich die politische marokkanische Architektur nach wie vor um die zentrale Figur des Königs, der weiterhin regiert. Er leitet den Ministerrat, kontrolliert die religiösen Organe²⁶, überwacht die politischen Prozesse (mithilfe seines Kabinetts und seiner Möglichkeit, strategische Posten zu besetzen), er steht dem Hohen Rat der Justiz vor, er ist Oberbefehlshaber des Militärs und steht dem Hohen Sicherheitsrat vor, den er geschaffen hat... Das Aus also für das Prinzip der Gewaltenteilung und auch das Aus für das Prinzip der Rechenschaftspflicht, das die Grundlage der Demokratie ist und das eine der wichtigsten Forderungen der Protestbewegung der Straße war.

Vier Monate nach dem Referendum wurden Parlamentswahlen organisiert, die die Partei Gerechtigkeit und Entwicklung PJD (islamistisch/konservativ mit 107 von 395 Sitzen) gewann, die vom König mit der Regierungsbildung beauftragt wurden. Sie bilden mit folgenden Parteien eine Koalition: mit Istiqlal (konservativ/nationalistisch mit 60 Sitzen), mit der Volksbewegung MP (rechtspopulistisch mit 32 Sitzen) und mit der Partei des Fortschritts und des Sozialismus PPS (ehemalige marokkanische kommunistische Partei mit 18 Sitzen). Die USFP (39 Sitze) lehnte es auf Druck seiner Basis aber auch aufgrund interner Zerwürfnisse und ihres Glaubwürdigkeitsverlusts nach 13 Jahren Regierungsbeteiligung ab, sich an der Regierung zu beteiligen.

Die Linke zeigt sich entzweit...

Die „Bewegung 20. Februar“ hatte zum Boykott der Wahlen aufgerufen, ebenso die PSU, die PADS, die VD und Attac-CADTM Marokko. Die CNI, Bündnispartner der PSU und der PADS in der Allianz der Demokratischen Linken²⁷, entschied, daran teilzunehmen.

Dabei hatten diese Parteien im Januar 2011 am Vorabend der „Bewegung 20. Februar“ entschieden, ihre gemeinsamen Aktionen zu stärken, indem sie „ihren festen Willen, die gemeinsamen Aktionen ihrer Mitglieder auf ein höheres Niveau zu führen“ ankündigten und bekannt gaben, dass „diese Initiative den Wiederaufbau eines aktiven demokratischen und oppositionellen Zentrums der Linken anstrebt, welches in der Lage ist, für die demokratische Entscheidung zu handeln und auf die Bestrebungen des marokkanischen Volkes in Bezug auf Demokratie, Freiheit, Entwicklung, sozialer Gerechtigkeit und Wohlstand zu antworten“.

Die Teilnahme der CNI an den Wahlen im Gegensatz zu den beiden anderen Parteien, aber auch die Beteiligung der Partei Fortschritt und Sozialismus an einer rechtskonservativen Regierung ist symptomatisch für die Zersplitterung der marokkanischen Linken und für ihre Unfähigkeit, sich um eine gemeinsame Vision und um gemeinsame Projekte zu vereinen. Diese Unfähigkeit hängt mit ihrer Geschichte und ihrer Führung zusammen, wird aber auch bedingt durch die Verknöcherung ihrer Organisationen und deren fehlenden Infragestellung seit nunmehr einigen Jahren.

Meiner Meinung nach bot die „Bewegung 20. Februar“ den Parteien und Bewegungen die von ihnen erträumte Möglichkeit, sich ihrer sozialen natürlichen Basis anzunähern oder zumindest an ihrer Identität, ihren Diskursen und Prioritäten zu arbeiten und ihre Strukturen durch neue AktivistInnen zu stärken.

... und unbeweglich

²⁵ Eine Legislaturperiode von fünf Jahren dem Verfassungstext nach.

²⁶ Insbesondere den Rat der Fatwa (religiöses Gesetz), dem der König vorsteht und der folglich jeden Reformvorschlag der Parteien oder der Zivilgesellschaft mit Bezug auf den religiösen Bereich blockiert.

²⁷ Ein Wahlbündnis dreier Parteien, der PSU/PADS/CNI, das für die Parlamentswahlen 2007 auf den Weg gebracht wurde, mit gemeinsamen Listen für 75% der Wahlkreise. Bei den Wahlen 2007 gelang es ihnen, sechs Sitze zu gewinnen.

Die zurückliegende Versammlung der PSU im Dezember 2011 hat eine Öffnung der linken Partei gegenüber den aus der „Bewegung 20. Februar“ hervorgegangenen AktivistInnen gezeigt, welche sich als Teilnehmer des Parteitags vorstellen konnten und in die Parteiorgane integriert wurden. Gleichzeitig hat sie aber auch die Grenzen der Erholung der linken Parteien aufgezeigt. Dies wurde bei den verabschiedeten Verfahren zur Integration neuer Mitglieder²⁸, aber auch durch die damit verbundenen Reden und die Anwendung dieser Verfahren²⁹, deutlich. Obwohl die PSU sich als Teil der Bewegung versteht, war sie scheinbar noch nicht in der Lage, die Art der Veränderungen zu verinnerlichen, die ihr Engagement innerhalb der „Bewegung 20. Februar“ in Bezug auf Aufnahme-, Diskurs- und Führungsstrukturen mit sich bringt.

Tatsächlich hatte diese Partei nicht vorgesehen, parallel zu ihrer „Öffnung“ eine Strategie zur Aufnahme und zum Umgang mit den parteiinternen Veränderungen umzusetzen. [...] Und schließlich war sie trotz des mit der Öffnung gezeigten Willen bislang nicht fähig, die neuen Anhänger zur Erholung und zur Anpassung an die neuen politischen und sozialen Umstände und an den Generationswechsel zu nutzen.

Die Beschreibung der Situation der PSU kann leicht auf andere Organisationen der Linken übertragen werden, die sich an der „Bewegung 20. Februar“ und der sozialen und politischen Dynamik, die dieser vorangegangen war und sie ermöglicht hat, beteiligt haben. Anstatt sie zu stärken, gingen die Parteien geschwächt aus diesen Bewegungen hervor. Dagegen schlugen die Islamisten der PJD auf intelligente und opportunistische Weise aus mehreren Jahren Arbeit vor Ort Kapital, indem sie die Parolen der „Bewegung 20. Februar“ übernahmen (gegen Korruption und Nepotismus) und von den Errungenschaften profitierten, welche die Demokratiebewegungen und Bewegungen der Linken im Laufe der vergangenen 20 Jahren realisiert hatten (Kampf für Demokratie, Bürgerschaft, Gleichheit), so dass sie bei den Wahlen ein bedeutendes Resultat (27% der Sitze) erzielen konnten.³⁰

Angesichts des Boykotts der Mehrheit der Bewegungen der Linken, die sich an der „Bewegung 20. Februar“ beteiligten, und vor allem angesichts der Schwäche, gar der Abwesenheit eines glaubhaften und konkreten politischen Angebots in dieser Zeit des Übergangs und einer sehr schwachen Wahlbeteiligung³¹, hatten die Islamisten die Wahl schon im Vorfeld gewonnen. Letztendlich ermöglichte die Kampagne für den Boykott durch die Mehrheit der linken Parteien keine Erneuerung der politischen und sozialen Debatte und schwächte diese noch mehr. Gleichzeitig hat die Kampagne indirekt auch die „Bewegung 20. Februar“ geschwächt, die seitdem zunehmend an Schwung verliert, sich banalisiert und in manchen Regionen radikalisiert.

Das Regime konnte dagegen durch seine Reaktionsfähigkeit die die übrigen Akteure in Verlegenheit brachte, seine Legitimität wiederherstellen,. Es setzte seinen Rhythmus und seine Tagesordnung mehr oder weniger problemlos durch und Versuche, es daran zu hindern, wurden entweder unterdrückt, ignoriert oder als „nihilistisch“ und „unverantwortlich“ bezeichnet. Seine Reformen wurden auf internationaler Ebene breit begrüßt, obwohl sie lediglich Fassade sind. Und Marokko konnte sich zum Vorbild für den Wandel in der Region erheben.

Indem die Monarchie der PJD erlaubte, eine Regierung zu bilden und indem sie ein wenig **l**deren Vorrechte stärkte, schuf sie ein Bollwerk gegen den sich gerade in Schwung setzenden Protest. Außerdem ermöglichte sie es den traditionellen Eliten mit deren ersten Wechsel in die Opposition, sich eine politische

²⁸ Ein Teilnehmer des Parteitags pro zehn Neumitgliedern nach dem 20. Februar 2011 in jeder Gruppe der Partei. Schlussendlich konnten nur zehn junge Leute in den Nationalrat gewählt werden und keiner hatte Zugang zum Präsidium.

²⁹ Das Fortbestehen der paternalistischen und „jugendlichen „ Reden, ohne dafür Maßnahmen einzuführen, die geeignet dazu wären, eine echte politische Debatte zu führen oder den Neumitgliedern die Chance zu geben, im Rahmen des Parteitags oder innerhalb der Parteistrukturen mitzureden. Im Gegenteil : Manche alteingesessene Parteimitglieder lieferten sich einen rauen Kampf mit den Neuankömmligen und versuchten, sie in Schach zu halten, ihre Initiativen zu vereiteln und manchmal sogar sie in Verruf zu bringen.

³⁰ Obwohl auch andere Faktoren eine Rolle beim Wahlsieg der PJD spielten, aber konkret hat die Partei ihre Stimmen zwischen 2007 und 2011 verdoppelt.

³¹ Bei den Wahlen vom 25. November 2011 teilten sich die marokkanischen Bürger im Wahlalter (was in etwa 22 Millionen Menschen sind) in drei große Gruppen auf. Etwas mehr als ein Drittel der Wähler (38%) trug sich nicht in die Wahllisten ein und konnte also an der Wahl nicht teilnehmen. Ein anderes Drittel (34%) trug sich ein, ging aber nicht zur Wahl. Schließlich ging etwas weniger als ein Drittel (28%) zur Wahl, aber zwei von zehn Wahlberechtigten haben einen leeren oder ungültigen Stimmzettel abgegeben. Diese Zahl relativiert die Bedeutung des Siegs der islamistischen Partei PJD, die nur 5% der Stimmen der Bürger im Wahlalter erhalten haben (Bernabé López García : Le Maroc et le printemps arabe dans un monde en plein changement, Papers IEMed, 11, März 2012)

Jungfräulichkeit zu erwerben und benutzt dagegen ihre erbittertesten Konkurrenten dazu, die öffentlichen Angelegenheiten zu steuern.

Das Regime steht mit dem Rücken zur Wand

Wenn das Regime auch rasch auf den sozialen und politischen Protest zu reagieren wusste, ist die Lage noch lange nicht stabil. Der Beweis dafür sind die seit einem Monat andauernden Unruhen im Norden des Landes³² und einigen südlichen Regionen³³. Und das Ärgste steht noch bevor, wenn man bedenkt, dass Marokko sich seit diesem Jahr offiziell in der Wirtschaftskrise befindet. Die Regierungsverantwortlichen haben endlich zugegeben, dass das Haushaltsdefizit die symbolische Schwelle von 6% überschritten hat. Und die Auswirkungen der europäischen und weltweiten Krise auf die marokkanische Wirtschaft beginnt man ernsthaft zu spüren.

Nach einem Wachstum von 4% im Jahr 2011 rechnen mehrere Ökonomen mit einem Wachstum von 2,5%, was in etwa der Hälfte der Prognose der Regierung entspricht. Wenn man die Simulationen mehrerer Experten berücksichtigt, die von der Notwendigkeit eines jährlichen Durchschnittswachstums von 7,5% ausgehen, um das gesamtwirtschaftliche Gleichgewicht aufrechtzuerhalten und auf die Entwicklung der Bedürfnisse der Bevölkerung bis 2015 antworten zu können, wird die Lage für die Jahre 2012 und 2013 noch besorgniserregender.

Denn die Rezession der europäischen Wirtschaft wird unmittelbar die marokkanischen Wirtschaftsaggregate beeinflussen, da ja 60% der marokkanischen Exporte nach Europa gehen und mehr als 84% der Direktinvestitionen französischen und spanischen Ursprungs sind... Außerdem scheint der vorherrschende Optimismus in Bezug auf die Perspektiven der marokkanischen Wirtschaft vor dem Hintergrund der erwarteten Schwäche des Landwirtschaftsjahres³⁴ 2011-2012 schrittweise zu sinken.

Die Lage ist also alles andere als angenehm für die neue Regierung, die in ihrer Regierungserklärung mit dem Sinken des Haushaltsdefizit auf 3% bis 2016 rechnete, aber auch mit einer Verringerung der Arbeitslosigkeit auf 8% und einem durchschnittlichen Wachstum von 5,5 %. Zahlen, die heute unrealistisch und nicht realisierbar erscheinen, obgleich sie bescheiden bleiben. Zusammen mit der politischen Lage, die die „Bewegung 20. Februar“ geschaffen hat und den Erwartungen der Bevölkerung, die sich in der Illusion wiegt, dass die neue Regierung ihre Probleme regeln wird, werden zweifellos die sozialen und politischen Spannungen wieder aufleben.

Ohne in Panikmache zu verfallen, können Szenarien einer gravierenden sozialen und politischen Krise nicht ausgeschlossen werden. Die beschriebene Schwäche organisierter und glaubwürdiger Oppositionskräfte lässt eine Erhöhung der Gewalt sowohl auf Seiten des Protests als auch der Repression drohen. Indem sie all ihre Anstrengungen auf Reformfassaden konzentrierte, hat die Monarchie in gewisser Weise ihren Handlungsspielraum eingeschränkt. Heute sind die finanziellen und politischen Kosten des sozialen Friedens viel höher als vor einem Jahr. Und die Handlungsoptionen sind weitaus geringer.

Das Regime hat eine seiner letzten politischen Karten ausgespielt, indem es die PJD in den Vordergrund gerückt hat.³⁵ Im Fall, dass das Experiment islamistische Regierung scheitert, wird die herrschende Macht unter dem politischen, wirtschaftlichen und sozialen Druck sicherlich weitere Zugeständnisse machen oder aber die Gewalt erhöhen müssen. Die Zugeständnisse, zu denen das Regime bereit ist, hat es zum großen Teil schon gemacht. Und darin besteht das große Risiko! Nämlich zu sehen, dass wesentlich mehr Menschen, enttäuscht von der politischen Dynamik, bereit sind, sich zu radikalisieren angesichts eines fehlenden glaubhaften politischen Angebots, unmittelbare wirtschaftliche, soziale und politische Lösungen zu liefern, die auf ihre Erwartungen antworten.

³² Nach Aufständen in Taza brachen weitere Unruhen in der Gegend von Al-Hoceima und Nador aus.

³³ In Marrakesch und Agadir fanden Demonstrationen gegen die hohen Wasser- und Elektrizitätskosten und für das Recht auf Wohnung, die von der Polizei mit aller Härte unterdrückt wurden.

³⁴ 40% der marokkanischen Bevölkerung lebt im ländlichen Raum. Und die Jahre der Trockenheit sind oft Synonym für schlechte Wirtschaftslage und sozialen Unmut.

³⁵ Die letzte große Partei, die nicht an einer Regierung beteiligt war und sich daher eine politische Jungfräulichkeit und mehr oder minder Glaubwürdigkeit gegenüber den Menschen bewahrt hat.

März 2012

Autor:

Ghassan Wail El Karmouni ist Journalist, Aktivist in der «Bewegung 20. Februar», Lokalkoordination Casablanca und Mitglied im Komitee für Kommunikations- und Medienarbeit.